

Widerstand gegen kanadisches Klimaschutzgesetz

Amerikanische Blütenträume

Grüne Blütenträume scheitern auch in Amerika an der wirtschaftlichen Realität. Dies merkt nicht nur Medienliebbling AOC, das US-demokratische Nachwuchstalent Alexandria Ocasio-Cortez, deren „Green New Deal“ (JF 10/19) nicht nur von arbeiterfreundlichen Parteifreunden verspottet wird. Auch der EU-Lieblingsamerikaner, Kanadas Premier Justin Trudeau, fährt mit seiner am Jahresanfang in Kraft getretenen CO₂-Steuer auf Crashkurs.



VON
**THOMAS
KIRCHNER**

»Wie lange kann sich Deutschland noch seine ruinöse Energiewende leisten?«

Dabei hatte der 47-jährige Linksliberale doch Konzessionen für energieintensive Branchen wie Zement und Chemie durchgesetzt. Die stärksten CO₂-Erzeuger müssen nur für zehn Prozent ihrer Emissionen zahlen. Damit wird zwar das angelegte Ziel der Steuer, die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, konterkariert. Doch das politische Ziel, eine CO₂-Besteuerung durchzusetzen, war erreicht. Dabei stößt Trudeau an die Grenzen der föderalistischen Struktur Kanadas: Ottawa fordert lediglich Mindeststandards, ähnlich wie die EU ihren Mitgliedsstaaten gegenüber. Deshalb haben die Provinzen jetzt unterschiedliche CO₂-Mechanismen: Das französischsprachige Québec setzt wie die EU auf einen Handel mit CO₂-Zertifikaten, das pazifische British Columbia auf CO₂-Steuern. Zu welchen wirtschaftlichen Verzerrungen dies führt, muß sich noch zeigen. Falls es soweit kommt. Denn der Widerstand regt sich auch ohne Gelbwesten. Es sind die ärmsten Haushalte, die am meisten unter den

gestiegenen Energiekosten leiden. In einigen Provinzen, in denen besonders viel mit Öl statt Gas geheizt wird, wurde deshalb Heizöl begünstigt. In der Ostprovinz Neubraunschweig hingegen ist die Kohleverstromung ausgenommen, trotzdem wird der Durchschnittshaushalt dort 2022 mit jährlich umgerechnet 400 Euro belastet, wovon nur etwa 160 Euro über Steuerboni rückerstattet werden.

Doug Ford, der konservative Premier von Ontario, hat vor dem Obersten Gericht Klage gegen das „Treibhausgasgesetz“ (GHGPPA) eingereicht. Der Prozeß wird sich über Jahre hinziehen. Größere Chancen hat der Plan von Andrew Scheer. Statt wie Trudeau Firmen von den Kosten zu befreien und bei Privathaushalten abzukassieren, will er das Gegenteil: Haushalte befreien und Unternehmen zur Kasse bitten. Wirtschaftlich tragbar ist das natürlich nicht, aber der Kanada-Chef der Konservativen ist nur Oppositionsführer. Zumindest vorläufig, denn Trudeau kämpft nach Vorwürfen über Einmischung in die Justiz um sein politisches Überleben. Bei einem Regierungswechsel nach der Wahl am 21. Oktober würden die CO₂-Regeln wohl so verwässert, daß die Kosten die Betroffenen nicht mehr so schädigen würden. Angesichts der kanadischen Erfahrung bleibt die Frage: Wie lange kann Deutschland noch mit seiner ruinösen Energiewende wie auf einer einsamen Insel leben, wenn sich im Rest der Welt langsam wieder die Vernunft durchsetzt?

Sondierungen zwischen Deutscher Bank und Commerzbank

Berliner Champions League

Von Carsten Müller

Das, was sich derzeit zwischen Frankfurt und Berlin abspielt, ist ein Trauerspiel. Die Idee, daß die beiden verbliebenen großen Privatbanken, die Deutsche Bank und die Commerzbank, einen „Nationalen Champion“ bilden könnten (die soliden Sparkassen- und Genossenschaftsbanken-Verbände außen vor gelassen werden), scheint völlig realitätsfremd zu sein. Was reitet Finanzminister Olaf Scholz, hier Druck aufzubauen? Industriepolitischer Verstand kann es jedenfalls nicht sein.

Denn eins dürfte klar sein: Solch eine Fusion ist nicht zum Nulltarif zu haben. Kein Wunder, daß bereits jetzt nicht nur Gewerkschaften auf die Barrikaden gehen, sondern auch von AfD, FDP und Linken Warnrufe schallen. Man muß nicht so weit gehen wie Saha Wagenknecht, die schon das Schreckensbild einer Zockerbank mit Staatshaftung an die Wand malt. Doch die Aussicht, daß solch ein Zusammenschluß Tausende Arbeitsplätze kosten wird, um das Ganze betriebswirtschaftlich

überhaupt sinnvoll zu machen, bietet kaum bessere Argumente. Zumal das erwartete Ergebnis mehr als fraglich ist. Denn beide Kreditinstitute würden im Falle einer Fusion viele Jahre nur noch mit sich selbst beschäftigt sein. Ganz abgesehen davon, daß der ausgerufene Champion im europäischen und internationalen Vergleich weiterhin nur eine Maus wäre.

Mit einer vermuteten Marktkapitalisierung von vielleicht 25 Milliarden Euro käme das vereinigte Institut nicht einmal unter die Top 15 in Europa. Dafür würde dem deutschen Steuerzahler wohl ein kräftig erhöhtes Systemrisiko ins Haus stehen, da solch eine Bank nicht nur den nationalen Wettbewerb schädigen würde, sondern letztlich tatsächlich „too big to fail“ wäre. An dieser Stelle bliebe also zu wünschen, daß dieser Fusions-Spuk möglichst schnell wieder zu den Akten gelegt werden könnte. Die treibende Kraft sollte hierbei wohl die Deutsche Bank sein, die nach wie vor eher der Meinung ist, es alleine aus dem Tal schaffen zu können.

Das Mittel heiligt den Zweck

Eurokrise: Auch ohne Bargeldverbot sind anhaltende Negativzinsen durchsetzbar / Währungsreform „light“?

DIRK MEYER

Die Absenkung der Meldepflicht für Bargeschäfte auf zehntausend Euro, der Ausgabestopp des Fünfhunderters bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Annahmeverweigerung des Zweihunderters in zahlreichen Geschäften. Bargeldbeschränkungen in Euroländern (Frankreich: 1.000 Euro, Italien: 3.000 Euro; Österreich 500 Euro bei Bauleistungen oder Ähnliches in Portugal, Griechenland, Spanien und Belgien) – all das hat es nicht geschafft: Bargeld bleibt nach einer Bundesbank-Studie in Deutschland trotz eines langfristigen Trends hin zum elektronischen Bezahlen das beliebteste Zahlungsmittel. Während bei 78 Prozent der Zahlungsvorgänge des Einzelhandels in bar bezahlt wird, nutzen lediglich 21 Prozent die Kartenzahlung. Hinzu kommen günstige Kosten (Kassierzeit, Geldtransport, Verwaltung) pro Zahlungsvorgang: Barzahlung 24 Cent und Girocard/Lastschrift 33 Cent. Bei der Kreditkarte wird hingegen etwa ein Euro fällig.



Sparschwein auf Geldmünzen mit Geldstapeln: Mittels einer Aufteilung des Euro in zwei Parallelwährungen soll das Halten von Bargeld genauso unattraktiv gemacht werden wie eine Bankeinzahlung

Psychologische Vorbereitung auf negative Sparzinsen?

Da offenbar viele weiterhin am Bargeld hängen, dringt nun aus den Reihen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EZB eine Idee (JF 9/18), die künftig zwei Preisauszeichnungen im Supermarkt zur Folge haben könnte: die höhere bei Bargeldzahlung, die niedrigere bei Kartenzahlung – undenkbar? Keinesfalls! Die abflauende Konjunktur macht Zentralbanken mit einem Leitzins von Null (EZB) oder gar einem Negativzins (Schweiz -0,25 bis -1,25 Prozent, Schweden -0,5 Prozent, Japan -0,1 Prozent) erhebliche Sorgen.

Nicht das Ausmaß einer angemessenen Leitzinssenkung zur Kreditverbilligung bereitet Kopfzerbrechen. Es ist vielmehr die Frage: Ist eine Leitzinssenkung weit in den negativen Bereich noch wirksam? Denn der negative Hauptrefinanzierungszins einer Zentralbank, an den der Einlagenzins für Giro- und Sparkonten gekoppelt ist, hat eine natürliche Grenze – die Kosten der Bargeldhaltung. Banken wie Privatkunden können ihre Wertaufbewahrung auf Bargeld umstellen, wenn die „Verwahrgebühr“ bei Banken zu hoch wird. Allerdings fallen hier Transport-, Tresor- und Versiche-

rungskosten an. Mit dem derzeit von der EZB und einigen Geldhäusern erhobenen Strafvon minus 0,4 Prozent pro Jahr scheint die Schwelle erreicht, denn einige Banken und vermögendere Privatkunden horten bereits erhebliche Bargeldbestände. Dies zumeist in Form der 500-Euro-Banknote. Doch am 26. April wird der violettfarbene Schein letztmalig von der Bundesbank ausgegeben und müßte zur Wertaufbewahrung zukünftig durch den Zweihunderters ersetzt werden. Infolge der dann knapp 2,5fachen Kosten wäre der EZB wieder ein kleiner Spielraum besichert.

Findige Ökonomen des IWF (Ruchir Agarwal und Signe Krogstrup) und der EZB (Katrin Assenmacher) haben deshalb die Idee präsentiert, Bargeld mit einer Sondersteuer zu belegen. Sie knüpft an das sogenannte Schwundgeld nach dem Freiwirtschaftslehrer Silvio Gesell (1916) an. Erwas vereinfacht schlagen sie Euro-Bargeld und Euro-E-Geld (Sicht- und Spareinlagen) als zwei Währungen mit festem Umtauschkurs vor. Das Bargeld würde in Höhe des negativen Leitzinseszins bzw. Tagesgeldsatzes (Euro Overnight Index Average/Eonia) gegen-

über dem Euro-Buchgeld abgewertet.

Beträgt der Leitzins bspw. minus drei Prozent, wären Scheine und Münzen pro Jahr gegenüber dem E-Geld drei Prozent weniger wert. Das Halten von abgewertetem Bargeld wäre genauso (un-)attraktiv wie eine Einzahlung auf das Girokonto mit negativem Einlagenzins. Damit wäre dem Euro-Bargeldhalter die Alternative versperrt, einer Quasi-Enteignung zu entgehen, und die EZB hätte Handlungsspielraum zurückgewonnen.

Genereller Vertrauensverlust

De facto handelt es sich um zwei Euro-Parallelwährungen. Diese Währungsreform müßte in einer Änderung der EU-Verträge einstimmig beschlossen werden – was bei einigen Ländern auf Widerstand stoßen dürfte. Danach wären in einer weiteren EU-Verordnung niederzulegen: die Anerkennung beider Währungen als gesetzliches Zahlungsmittel; die Berechnung des Wechsel-/Umtauschkurses zwischen Bargeld und E-Geld; Regelungen für Altverträge sowie für Verträge, die den schuldbeitragenden Euro nicht spezifizieren; sodann Verträge in fremder Währung. Allein die rechtliche Komplexität erfordert Aufklärung, soll das Vertrauen in die Währung nicht (weiter) erschüttert werden.

Fortan würde der E-Euro als Rechen- und Vertragswährung, insbesondere bei wiederkehrenden Leistungen dominieren. Der Euro-Bürger würde deshalb beim täglichen Einkauf voraussichtlich nur noch den E-Preis in der Warenauszeichnung auffinden. Da jedoch in Deutschland die Barzahlung dominiert, würden spätestens an der Kasse die aufaddierten Abwertungen des Bargeldes sichtbar. Entweder führt dieser psychologische Effekt zu einem generellen Vertrauensverlust in die Euro-Währung und/oder die Tendenz zur bargeldlosen Zahlungsweise würde

verstärkt. In jedem Fall benötigte die EZB enorme Kommunikationsanstrengungen, um Akzeptanz zu erreichen.

Zwar soll bei Leitzinsen über Null eine entsprechende Bargeld-Aufwertung erfolgen. Doch gerade wegen der Schwierigkeiten eines Ausstiegs aus der Nullzinspolitik entstand der Vorschlag einer Bargeldabwertung. Da die EZB mit Blick auf die Euro-Krisenstaaten die Macht über eine Zinserhöhung verloren zu haben scheint, wirkt der Negativzins als Sperrklinke. Jede Rezession oder Krise schafft ein neues Negativzinsniveau, das als Basis für zukünftige Zinsenkungen dienen muß. Allein die Annahme eines dauerhaften Leitzinses von minus fünf Prozent würde – ohne jegliche Inflation, die auf die Kaufkraftentwertung noch hinzukäme – alle 14 Jahre eine Halbierung des Bargeld-Eurokurses bewirken.

Die Kollateralschäden dieser fortgeführten Negativzinspolitik für Sparer und die Geschäftsmodelle von Lebensversicherungen und Banken bleiben in diesem kreativen, aber kaum innovativen Ansatz zukünftiger Währungspolitik unbeachtet. Weit aus der Schwerkraft wiegen letztendlich negative Anleihezinsen für Unternehmen und Staaten. Zwar gab es Perioden negativer Realzinsen von bis zu minus zwei Prozent (Spareckzins) bereits vor der Euro-Einführung, doch brachten die Risikoprämien den Anleihezins zurück ins Plus. Nun drohen Kapitalvernichtung durch Investitionen mit negativer Wertschöpfung und ausuferndem, schuldenfinanziertem Sozialstaat. Das Mittel heiligt den Zweck – die Währungsunion in ihrer jetzigen Zusammensetzung an Mitgliedern. Nationale Parallelwährungen mit flexiblen Wechselkursen wären der bessere Weg, denn sie entlasten die EZB aus ihrer Rolle, für alle 19 Eurostaaten die passende Geldpolitik schneiden zu müssen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Schnellere Zahlungen mit Bargeld

Ohne Bargeld gäbe es weniger Schwarzarbeit, Steuerbetrug, illegale Geschäfte und Geldwäsche, argumentieren Politiker. Bargeld ist teuer und wegen der auf Geldscheinen lauernden Bakterien ungesund, sagen beispielsweise Kreditkartenanbieter. Dennoch ist Bargeld in Deutschland weiterhin das beliebteste Zahlungsmittel – und es spart sogar Zeit, wie eine Bundesbank-Studie zeigt. Zumindest bis zu einem Zahlungsbetrag von 100 Euro. Erst bei Beträgen darüber erweisen sich Kartenzahlungen als schneller. Und Barzahlungen bis 50

Euro seien auch kostengünstiger, da die Fixkosten im Vergleich zur elektronischen Abrechnung im Durchschnitt niedriger seien. Jährlich werden an den Kassen des deutschen Einzelhandels rund 20 Milliarden Zahlungen getätigt – drei Viertel davon in bar. Auch gemessen am Gesamtumsatz von 410 Milliarden Euro (2018) liegen Barzahlungen mit einem Umsatzanteil von rund 51 Prozent vorne.

Bundesbank-Studie, „Kosten der Bargeldzahlung im Einzelhandel“ (2/19): www.bundesbank.de/de/publikationen

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030-864953-40 · Bestelltelefon: 030-864953-25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: _____ Kundennummer (falls zur Hand): _____
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Vorname/Name: _____

Straße/Nr. (Kein Postfach): _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____

Datenschutzhinweis: Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.

Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an andere Unternehmen erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jfd.de/datenschutz

Versand: Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Darunter beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse! EU: EUR 12,-. Übriges Europa EUR 14,-. Welt: EUR 18,-. Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST gehen Sie online: jfbuchdienst.de

Markus Krall
Wenn schwarze Schwäne Junge kriegen
Warum wir unsere Gesellschaft neu organisieren müssen
Risikovermeidung gilt als Patentrezept: Zentralbanken entränken die Gefahren unseres Wirtschaftens- und Bankensystems mit Unmengen an Geld, und auch die Politik versucht, gesellschaftliche Mißstände unter den Tisch zu kehren. Ohne Risiko gibt es jedoch keinen Fortschritt.
336 S., geb.

Best.-Nr.: 94081 EUR 17,99

Jochen Buchsteiner
Die Flucht der Briten aus der europäischen Utopie
Europa irrt, wenn es den Brexit als Betriebsunfall betrachtet: Die Briten hätten ihren Ruf als vernünftige Nation verspielt. Stimmt das? Oder erleben wir das Gegenteil? Jochen Buchsteiner nimmt den Brexit unter die Lupe und stellt fest, dass er gar nicht so irrational ist.
144 S., Pb.

Best.-Nr.: 94153 EUR 16,00

Rainer Zitelmann
Die Gesellschaft und ihre Reichen
Vorurteile über eine beneidete Minderheit
Seit der Finanzkrise vor zehn Jahren geraten Reiche immer stärker in die Kritik. Rainer Zitelmann, Historiker und Soziologe, hat die erste internationale Studie zu Vorurteilen über Reiche entwickelt. Wodurch entsteht Sozialneid? Und wie unterscheiden sich dabei die Völker?
464 S., geb.

Best.-Nr.: 94151 EUR 34,99

Daniel Stelter
Das Märchen vom reichen Land
Wie die Politik uns ruiniert
Unsere derzeitigen wirtschaftlichen Erfolge basieren auf Industrien, die wir noch aus dem Kaiserreich haben: Automobil, Maschinen- und Anlagenbau und Chemie dominieren. In neuen Branchen haben wir den Anschluß verloren, die Politik investiert falsch und verspielt unsere Zukunft.
220 S., geb.

Best.-Nr.: 93944 EUR 22,99

Bruno Bandulet
Dexit
Warum der Ausstieg Deutschlands aus dem Euro zwar schwierig, aber dennoch machbar und notwendig ist
Viele Bücher wurden darüber geschrieben, warum der Euro nicht funktioniert. Aber nie wurde diskutiert, ob es nicht besser sei, ihn abzuwickeln? Sollte Deutschland austreten? Bruno Bandulet zeigt den Ausweg aus der Sackgasse von Transfunion und europäischer Umwertung.
189 S., geb.

Best.-Nr.: 93978 EUR 19,99

Greg Steinmetz
Der reichste Mann der Weltgeschichte
Leben und Werk des Jakob Fugger
Jakob Fugger ist der reichste Mann, der je gelebt hat. 1459 als Enkel eines Bauern geboren, häufte er dank visionärer Ideen ein unvorstellbares Vermögen an. Er unterstützte die erste Weltumsegelung, forderte Martin Luther heraus und machte Herrscher und Päpste von sich abhängig.
312 S., Abb., geb.

Best.-Nr.: 94152 EUR 26,99

Florian Homm
Der Crash ist da
Was Sie jetzt tun müssen! Anlagen, Immobilien, Ersparnisse, Arbeit

Der Abschwung an den Aktienmärkten war nur ein Vorgeschmack auf das, was uns bevorsteht. Der Börsenkollaps und die nächste Wirtschaftskrise werden länger anhalten und mehr Vermögen vernichten als andere Zusammenbrüche seit 90 Jahren. Informieren Sie sich, bevor es zu spät ist!
300 S., geb.

Best.-Nr.: 94141 EUR 18,99